

IDZ – INSIGHTS

NEWSLETTER DES INSTITUTS
FÜR DEMOKRATIE UND
ZIVILGESELLSCHAFT

 twitter.com/idz_jena

 facebook.com/idzjena

 www.idz-jena.de

2020 | 02

Vorwort

Die Coronapandemie wirkt sich schwerwiegend auf alle gesellschaftlichen Bereiche aus – auch auf unsere Arbeit. Die Bedingungen erschweren alltägliche Abläufe und Forschungsprozesse. Schwerer wiegt: Der Virus macht, wie Kollegin Dr. Janine Dieckmann schreibt, auch „gesellschaftliche Vorerkrankungen“ sichtbar: soziale Ungleichheit, die höhere Vulnerabilität marginalisierter Gruppen, mangelnde Anerkennung der Alltagsheld*innen in den systemrelevanten Berufen, die sehr oft schlecht bezahlte Frauen sind. Verstärkt durch fehlende und ausgesetzte Kinderbetreuung droht eine Retraditionalisierung von Geschlechterrollen: Frauen kümmern sich um Kinder und Haushalt, Männer arbeiten derweil weiter. Das gilt auch für die Wissenschaft: Kürzlich machte eine Meldung die Runde, nach der in der Coronakrise Männer deutlich mehr Fachartikel einreichen, aber Frauen kaum noch. Und auch die extreme Rechte sieht in der Coronakrise Möglichkeiten für neue Machtgewinne. Auch in Thüringen nehmen Rechtsextreme und Verschwörungsideologen den Virus zum Aufhänger um gegen geflüchtete Menschen, gegen Juden, gegen die Regierung, die Medien und die Wissenschaft zu hetzen. Sie

versucht gezielt, Unzufriedenheit und aufkeimende Proteste im Kontext der Krise zu vereinnahmen. Hier gilt wie im Alltag die Empfehlung: Abstand halten!

Die Vorurteile, Verschwörungserzählungen und Abwertungen, die im Rechtsextremismus radikalisiert werden und mit der Coronakrise ein neues Themenfeld gefunden haben, sind nicht originell. Der neue Band unserer Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ beschäftigt sich mit den langen Kontinuitäten verschiedener Ungleichwertigkeitsvorstellung und –politik in Ost- und Westdeutschland. Alle Beiträge können wie immer kostenfrei unter www.idz-jena.de gelesen und heruntergeladen werden.

Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre der Schriftenreihe sowie der folgenden Einblicke in die Arbeit des IDZ in den ersten Monaten des Jahres 2020. Bleiben Sie gesund!

Dr. Matthias Quent

IMPRESSUM

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
Talstraße 84, 07743 Jena

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des TMBJS dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/ die Autorin bzw. tragen die Autor/-innen die Verantwortung. Alle Rechte bleiben bei den Autor/-innen. Die Bildrechte liegen, sofern nicht anders ausgewiesen, bei den Autor/-innen.

In Trägerschaft der:



Gefördert von:



INHALT

4 Corona –
eine Eingangsdiagnose gesell-
schaftlicher Vorerkrankungen

6 Start des Forschungsinstituts
Gesellschaftlicher Zusammenhalt
(FGZ)

8 Unser Forschungsprojekte
am FGZ

10 Weitere Forschungsprojekte
am IDZ

12 Corona – eine besondere
Herausforderung für die Demokratie

14 Interview mit Karolin Schwarz

16 Aus der Arbeit des IDZ

17 Neue Texte und Materialien aus
dem IDZ

18 ZRex – Zeitschrift für Rechts-
extremismusforschung:
Call for Papers

19 Schriftenreihe Wissen schafft
Demokratie: Call for Papers für Band 9

Corona – eine Eingangsdiagnose gesellschaftlicher Vorerkrankungen

von Dr. Janine Dieckmann



Der vollständige, ungekürzte Artikel „Die Gesellschaft krank an Corona – und an Diskriminierung“ wurde auf belltower.news veröffentlicht

(vgl. <https://bit.ly/2BuGmZp>).

Die meisten Menschen kennen die Weltuntergangsszenarien, welche mithilfe von Pandemien in Filmen gezeichnet werden. Mit Spannung verfolgt man auf dem Bildschirm die weltweite Ausbreitung von Viren, die heroische Bekämpfung durch Einzelne und das Happy End. Derzeit erleben wir ein Pandemie-Szenario live und am eigenen Körper: Eine bedrohliche Situation höchster Unsicherheit und Unklarheit, die Lebensgefahr und existenzielle Krisen für Einige mit sich bringt. Dabei betrifft Corona Menschen nicht nur individuell, sondern immer auch kollektiv, als Teil einer Gesellschaft.

Aus vermeintlichem Schutz kam gerade zu Beginn der Virusausbreitung die rassistische Zuschreibung auf, dass der Kontakt zu asiatisch aussehenden Menschen ein Infektionsrisiko darstelle. Reflexartig tauchten im Zusammenhang mit Corona historisch alte stigmatisierende Erklärungen und Verschwörungstheorien auf. Der Virus wird dauerhaft politisiert und instrumentalisiert. All diese Prozesse sind eng mit Diskriminierungsaspekten verknüpft. Es sind keine Massenphänomene, aber ihr Auftreten gilt es zu beobachten und zu analysieren.

Corona als Katalysator für anti-asiatischen Rassismus

Zunächst zurück zum Anfang der Virusausbreitung in Deutschland im Februar 2020: Mit dem Aufkommen und Bekanntwerden des Corona-Virus in Deutschland wurden auf sozialen Plattformen die ersten Hinweise von Betroffenen laut, dass die generalisierte Zuschreibung einer Ansteckungsgefahr auf asiatische aussehende Personen,

rassistisch sei. Ging es zunächst noch um Witze über den Zusammenhang von Corona und vermeintlich aus Asien stammenden Personen, nimmt anti-asiatischer Rassismus nun mittlerweile handfeste Formen von Diskriminierung und Gewalt an. Von allen corona-bezogenen Diskriminierungsvorfällen, die bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes gemeldet wurden, fanden über die Hälfte aufgrund rassistischer Vorurteile statt.

Die rassistische Zuschreibung, alle asiatisch aussehenden Menschen würden Corona übertragen, schürte und verfestigte vor allem anti-asiatischen Rassismus in unserer Gesellschaft. Anti-asiatischer Rassismus existiert schon länger in unserer Gesellschaft als Corona. Auch vor Corona berichteten Betroffene von rassistischen Zuschreibungen und Anfeindungen. Doch oft fehlte bisher die Analyse und Sichtbarkeit von anti-asiatischem Rassismus in wissenschaftlichen und öffentlichen Diskursen um Rassismus. In der aktuellen Corona-Krise zeigt sich nun die starke Verankerung von anti-asiatischen Vorurteilen und Rassismus in unserer Gesellschaft sowie die Dringlichkeit diesen grundlegend zu bekämpfen.

Antisemitismus, Rassismus, Rechtsradikalismus

Medizinhistorisch betrachtet, zeigt sich, dass epidemische Krankheiten und Virusinfektionen seit jeher mit Rassismus, Antisemitismus bzw. Homofeindlichkeit verknüpft und instrumentalisiert worden sind. Die vermeintlichen Ursachen von Krankheiten wurden immer schon gruppenbezogen menschenfeindlich attribuiert (z. B. Pest, Syphilis, HIV). Der Historiker Klaus Hödl beschreibt wie Lepra im Mittelalter Juden und Jüdinnen zugeschrieben wurde, weil sie die christlichen Gebote nicht befolgten und nicht zur christlich geprägten Mehrheitsgesellschaft gehörten. Ähnlich wurde später die „Syphilis [...] wie zuvor Lepra zum Stigma des Anderen, zum Zeichen von Devianz“ beschreibt Hödl 1997 in seinem Text „Der ‚jüdische Körper‘ als Stigma“.



Das große Stigmatisierungspotenzial von Epidemien zeigte sich nicht nur im Mittelalter. Auch am Ende des letzten Jahrhunderts findet sich mit der HIV/Aids-Krise ein Beispiel: Die hohe Mortalität von Aids, die damalige Unwissenheit über das HI-Virus sowie die Instrumentalisierung der Epidemie in den USA durch konservative Kräfte gegen die gerade erstarkte Homosexuellenbewegung und sexuelle Liberalisierung führten dazu, dass eine HIV-Infektion und Aids vor allem Schwulen zugeschrieben wurde. Auch heute noch, 40 Jahre nach Aufkommen der HIV/Aids-Epidemie in den 1980er Jahren, wird HIV und Aids stark mit männlicher Homosexualität assoziiert. Trotz des Fakts, dass HIV nicht aufgrund einer homosexuellen Orientierung, sondern nur durch bestimmte Körperflüssigkeiten (u. a. Blut) übertragen werden kann, ist der HI-Virus als Stigma für schwule Männer (und andere Risikogruppen) im gesellschaftlichen Bild bis heute verankert.

Ähnliche Mechanismen zeigen sich auch in Bezug auf das Corona-Virus. Die historisch kontinuierliche und reflexartige Verknüpfung der Pandemie zu antisemitischen Weltverschwörungen ließ nicht lange auf sich warten: Die US-amerikanische Anti-Defamation League berichtet über antisemitische Kommentare, Karikaturen und Narrative, welche die Entstehung und Verbreitung von Corona durch Juden und Jüdinnen darstellen, antisemitische Verschwörungstheorien aufgreifen und verfestigen. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung Felix Klein warnt vor dieser antisemitischen Instrumentalisierung des Corona-Virus auch in Deutschland und betont, dass diese Pandemie-Krise einmal mehr die Wichtigkeit eines kontinuierlichen Kampfes gegen Antisemitismus aufzeigt. Das Corona-Virus wird zudem bewusst von Rechtspopulist*innen und Rechtsradikalen instrumentalisiert, um einerseits konkret die Migrationspolitik der Bundesrepublik, aber andererseits auch diffuser „Die da oben“ anzugreifen. Nicht nur die AfD zeigt einmal mehr ihre ideologische Verknüpfung zu rassistischen und rechtsradikalen Positionen. Zunehmend treten mehr oder wenige prominente Akteur*innen mit ihren demokratiefeindlichen Positionen auf die Bühne der rechtspopulistischen

Einflussnahme. Gemeinsam ist allen die Selbstinszenierung als einzige Rettungsoption aus dieser Krise.

Was nützt die Eingangsdiagnose?

Die Corona-Pandemie führt uns tief verwurzelte Ungleichheiten, Ungleichwertigkeitsvorstellungen und Diskriminierungsprozesse vor Augen. Das heißt nicht, dass Probleme wie Rassismus und Antisemitismus bisher nicht bekannt waren und bekämpft worden sind. Aber dadurch, dass Corona ohne Ausnahme alle konkret und gleichzeitig bedroht, offenbaren sich vorhandene Vorerkrankungen unserer Gesellschaft. Mit einer Analyse nun sichtbarer Diskriminierungsprozesse in der Corona-Krise ist es möglich, für diese Vorerkrankungen zu sensibilisieren und sie gemeinsam mit den tief greifenden politischen und sozialen Innovationen für eine Zukunft nach Corona anzugehen. Um gegen rassistische, sexistische, antisemitische und andere Diskriminierungsformen vorzugehen, braucht es – um ein letztes Mal im medizinischen Bild zu bleiben – eine ganzheitliche Behandlung. Eine aktuelle Studie einer dänisch-deutschen Forschungsgruppe aus Sozialpsycholog*innen um Stefan Pfattheicher (Universität Aarhus) zur Coronakrise zeigt: Vor allem Empathie für die Risikogruppen führt dazu, dass Menschen sich solidarisch zeigen und Kontaktverbote einhalten. Vielleicht trägt die Wahrnehmung, dass Corona vor allem durch gesellschaftliche Solidarität bekämpft werden kann, dazu bei, einen neuen inklusiven Zusammenhalt zu entwickeln. Wachsende Empathie und Solidarität sollten wir uns über die Coronakrise hinaus bewahren und politisch institutionalisieren. Vor allem auch in Hinblick auf die kommenden Monate und Jahre, wenn aufgrund von wirtschaftlichen Folgen, wachsender Arbeitslosigkeit, Existenznöten und Statusängsten Menschen sich auf sich selbst und ihre eigenen Ellenbogen zurückgeworfen sehen. Es wird wichtiger denn je sein, empathischer für Risikogruppen für Diskriminierung zu sein, auf die marginalisierten Stimmen unserer Gesellschaft zu hören, ihre Perspektiven einzubeziehen und sie als gleichwertige Mitglieder unserer Gesellschaft zu behandeln.

Neue Mitarbeiter*innen des IDZ

Karolin Schwarz ist Projektreferentin am IDZ, freie Autorin und Trainerin. Sie ist eine gefragte Expertin für politische und digitale Themen und hält weltweit Vorträge. Ihr Buch "Hasskrieger: Der neue globale Rechtsextremismus" erschien Anfang 2020 im Herder Verlag. Im Februar 2016 gründete sie das Projekt Hoaxmap.org, über das Falschmeldungen über Geflüchtete und nicht-weiße Personen zusammengetragen werden.

Maik Fielitz ist wissenschaftlicher Referent am IDZ und Non-Resident Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Er hat Politikwissenschaft, Geschichte und Friedens- und Konfliktforschung an den Universitäten Jena, Marburg und Athen studiert und promoviert an der Goethe-Universität Frankfurt a. M. zu den Entwicklungen der extremen Rechten in Griechenland. Seit 2018 ist Maik Fielitz Early Career Research Fellow am Centre for Analysis of the Radical Right (CARR). Seit März 2020 arbeitet er im Projekt *Rechte Radikalisierung in sozialen Netzwerken*.

Christoph Richter hat Soziologie, Ethnologie und Journalistik an der Universität Leipzig studiert. Er arbeitete zwischen 2017 und 2020 als freier wissenschaftlicher Mitarbeiter in verschiedenen Forschungsprojekten des IDZ mit, darunter an einer bundesweiten Studie zu Hatespeech. Seit Juni 2020 ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am IDZ tätig und arbeitet im Rahmen des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt u. a. zu internationalem Rechtspopulismus und globaler ökologische Krise.

Janine Patz arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin in einem von Campact geförderten Projekt. Sie studierte Politikwissenschaft, Psychologie und Erziehungswissenschaft an der FSU Jena. 2009-2016 war sie in unterschiedlichen Beratungs-, Bildungs- und Netzwerkprojekten tätig und koordinierte u. a. das Jenaer Stadtprogramm und den Runden Tisch für Demokratie, von 2016 bis 2019 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Friedrich-Schiller-Universität Jena.



Start des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)

Das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) nimmt seine Arbeit auf. Zum 1. Juni 2020 wurde die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Einrichtung offiziell gegründet. Dazu erklärte Bundesforschungsministerin Anja Karliczek:

„Ich freue mich, dass das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt nun nach intensiven Vorarbeiten an den Start gehen kann. Um zu verstehen, was uns als Gesellschaft zusammenhält, brauchen wir noch tiefere Erkenntnisse. Und wir brauchen konkrete Lösungsvorschläge, wie wir diesen Zusammenhalt stärken können. Gerade in Zeiten der Krise dürfen wir das Feld nicht denen überlassen, die andere ausgrenzen und die Gesellschaft spalten wollen. Wir müssen denen widersprechen, die Unsicherheiten, aus welchen Motiven auch immer schüren und Sündenböcke suchen.“



Das FGZ vereint elf Teilinstitute aus dem gesamten Bundesgebiet. Gemeinsam untersuchen sie in interdisziplinärer Zusammenarbeit die theoretischen Grundlagen, empirischen Quellen, sozialen und politischen Auswirkungen sowie die historischen und regionalen Varianten gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Forschungsarbeit des Instituts wird von vielfältigen Transfervorhaben flankiert, die die Fragestellungen und Wissensbestände von Politik und Gesellschaft zu gesellschaftlichem Zusammenhalt aufgreifen und die Forschungsergebnisse des FGZ in den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis





Pressekonferenz in Zeiten der Corona-Pandemie: Prof. Nicole Deitelhoff (Goethe-Universität Frankfurt a. M.), Prof. Matthias Middell (Universität Leipzig, links) und Prof. Olaf Groh-Samberg (Universität Bremen, oben) berichten am 28.05.2020 über den Start des FGZ (Foto: Pia Siemer).

einspeisen. Die Forschung des FGZ ist in drei Forschungscluster organisiert, die nach den begrifflichen und theoretischen Grundlagen gesellschaftlichen Zusammenhalts (Cluster 1), den kulturellen, sozioökonomischen und politischen Quellen und Auswirkungen von Zusammenhalt (Cluster 2) sowie seinen historischen, regionalen und internationalen Varianten (Cluster 3) fragen. Zusammen wollen die mehr als 100 Wissenschaftler*innen aus einer Vielzahl unterschiedlicher Disziplinen mit empirischen Untersuchungen und groß angelegten Vergleichen eine Grundlagenreflexion leisten und praxisrelevante Vorschläge erarbeiten, die dazu beitragen, gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart zu begegnen. Sie decken Aspekte wie Identitäten und regionale Erfahrungswelten, Ungleichheiten und Solidarität, Medien und Konfliktkultur, Polarisierung und Populismus, aber auch Antisemitismus und Hasskriminalität ab und erforschen diese im europäischen und globalen Vergleich.

Neben dem IDZ Jena gehören die Technische Universität Berlin sowie die Universitäten Bielefeld, Bremen, Frankfurt, Halle-Wittenberg, Hannover, Konstanz und Leipzig sowie das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen und das Leibniz-Institut für Medienforschung Hamburg zum Verbund.

Im Rahmen des FGZ gründet das IDZ in Zusammenarbeit mit zahlreichen renommierten Forscher*innen die neue wissenschaftliche *Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* (ZReX). Die Redaktion der Zeitschrift ist am IDZ Jena angesiedelt, die Zeitschrift wird im Rahmen des FGZ finanziell durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Die interdisziplinäre Zeitschrift erscheint ab 2021 halbjährig und mit vollständigem Open Access im renommierten Wissenschaftsverlag Barbara Budrich. Ab sofort nehmen die Herausgeber*innen Abstracts für Beiträge sowie fertige Artikel entgegen (siehe Call für Papers auf S. 18).

Die Zeitschrift soll Entwicklungen der illiberalen, populistischen bzw. extremen Rechten analysieren, gesellschaftstheoretisch erklären sowie Forschungsmethoden und -ethik sowie Handlungsfelder (Prävention, Intervention, Repression) in diesem Forschungsfeld einer Reflexion zugänglich machen. Sie steht interdisziplinären Zugängen sowie dem Austausch mit überschneidenden Forschungsfeldern offen – wie der Antisemitismus-, Rassismus- und Antifeminismusforschung. Außerdem soll sie den Anschluss an internationale Forschungsdebatten und gesellschaftliche Diskurse ermöglichen.

Unsere Forschungsprojekte am FGZ

Internationaler Rechtspopulismus im Kontext globaler ökologischer Krisen

Im Rahmen des „Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (FGZ) erforscht das neue Projekt die politische Kommunikation von Rechtspopulist*innen und Rechtsradikalen in Deutschland, Europa und Amerika (Angebotsseite: Bewegungen und Parteien) im Kontext der Klima- und Umweltdebatten, die darauf bezogene Mobilisierungsstrategien sowie relevante affektive und einstellungsbezogene Faktoren (u. a. Orientierungen der Bevölkerung zu ökologischer Politik und Lebensweise usw.). Das Projekt zu Ursachen, Erscheinungsformen und Wirkungsweisen einer **Klima- und Umweltpolitik** von Rechtsaußen untersucht damit an einem konkreten Fall, wie Konflikte entlang gesellschaftlicher Spannungs- und Spaltungslinien (sogenannte cleavages) entstehen, sich artikulieren und verstärkt werden. Aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie befassen wir uns im ersten Abschnitt des Projektes auch mit den Versuchen radikal rechter Akteur*innen, aus den sozialen und politischen Folgen dieser Krise Profit zu schlagen.

Diversität – Engagement – Zusammenhalt: In- und Exklusionserfahrungen gesellschaftlich marginalisierter Gruppen

Die Perspektiven gesellschaftlich marginalisierter Gruppen und ihre Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt stehen im Mittelpunkt dieses neuen Forschungsprojekts am IDZ. Es werden dabei die Sichtweisen von jenen Gruppen fokussiert, welche in Deutschland aufgrund ihrer langen Geschichte von Verfolgung und Diskriminierung im Grundgesetz und Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geschützt werden und dennoch

auch heute von Marginalisierung, Diskriminierung und Hasskriminalität betroffen sind. Ziel des Projekts ist es, ihr Verständnis von gesellschaftlichem Zusammenhalt und ihr Engagement für diesen herauszuarbeiten, ihre In- und Exklusionserfahrungen zu untersuchen, sowie die Auswirkungen auf ihre Partizipation zu beleuchten. Durch die Projektergebnisse soll das Konzept des gesellschaftlichen Zusammenhalts inhaltlich sowie empirisch in Bezug auf seine „Inklusivität“ kritisch analysiert werden.

Relativierung, Revisionismus, Resurrektion. Die Abwehr der Erinnerung an den Nationalsozialismus seit 1990 und ihre Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Die Erinnerung an den Nationalsozialismus gehört seit 1990 zur Staatsräson des geeinten Deutschlands und ist damit zumindest auf politisch-offizieller Ebene Teil deutscher Identitäts- und Zusammenhaltsvorstellungen. Da die Realität der nationalsozialistischen Vergangenheit einer ungebrochenen Identifizierung mit der deutschen Nation jedoch im Wege steht, gibt es sowohl auf gesellschaftlicher als auch individueller Ebene – von Teilen der Mitte der Gesellschaft bis zu antidemokratischen und rechtsextremen Kräften – nach wie vor Bestrebungen, den Nationalsozialismus zu relativieren und die Erinnerung an die NS-Vergangenheit zu marginalisieren oder bagatellisieren, um ein positives Bild deutscher Vergemeinschaftung entwickeln zu können. Das Forschungsprojekt zielt darauf ab, Tendenzen der Relativierung des Nationalsozialismus und der Abwehr der Erinnerung an den Nationalsozialismus seit 1990 als Faktoren der Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf Makro-, Meso- und Mikroebene zu untersuchen. Dabei soll herausgearbeitet werden, welche in- und exkludierenden Vorstellungen von gesellschaftlichem Zusammenhalt (z. B. völkisch-antisemitische Weltbilder) mit diesen



Formen von Geschichtsrevisionismus einhergehen. Vor dem Hintergrund des seit den 1990er Jahren institutionalisierten NS-Gedenkens stellt sich zunächst die allgemeine Frage, auf welche Weise sich die Erinnerung an den Nationalsozialismus in Deutschland auf der politischen und kulturellen Makroebene als haltungs- und handlungsleitend für die Konstitution eines gesellschaftlichen Zusammenhalts erweist. Dabei sind politische Semantiken und Narrative des öffentlichen Diskurses in Deutschland von Interesse, die gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Rückgriff auf die Vergangenheit zu legitimieren suchen.

Transfer innovativ denken

Im Fokus des Transferprojektes stehen vor allem die allgemeinverständliche und dialogorientierte Kommunikation und Vermittlung von wissenschaftlichen Inhalten an Zielgruppen außerhalb der Wissenschaft. Dazu werden sowohl klassische Vermittlungs-, Dialog- und Beteiligungsformate mit der interessierten Öffentlichkeit durchgeführt als auch spezifische Formate für ein Fachpublikum entwickelt und organisiert. Auch gänzlich neue Transferideen sollen aufgebaut und erprobt werden. Zusätzlich wird die wissenschaftliche Aufbereitung von Forschungsansätzen des Wissenschafts-Praxis-Transfers maßgeblich unterstützt.

Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung (zRex)

Seit vielen Jahren gibt es in der Bundesrepublik Deutschland qualifizierte theoretische, empirische und anwendungsbezogene Forschung zu diesen skizzierten Entwicklungen. Doch fehlte bisher eine regelmäßig erscheinende, spezialisierte wissenschaftliche Publikation, die eine hohe Analyse- und Prognosekompetenz bietet und zum zentralen Bezugspunkt der Fachdebatte wird, indem sie innovativen Arbeiten ein Forum bietet, auf qualitativ hohem Niveau Kontinuität herstellt und eine systematische bzw. systematisierende Übersicht schafft. Ziel der neuen *Zeitschrift*

für Rechtsextremismusforschung ist es, der wissenschaftlichen Forschung zur illiberalen, populistischen bzw. extremen Rechten ein Forum zu geben, um das strukturelle Defizit einer fehlenden wissenschaftlichen Plattform für kritische Rechtsextremismusforschung zu beheben.

Entwicklung und Einführung eines Masterstudiengangs „Civic Education“

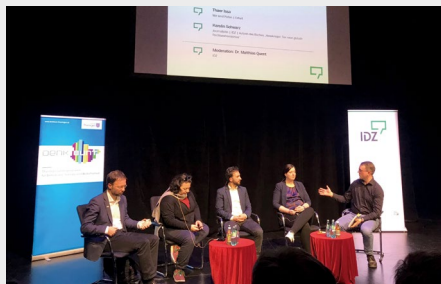
Unter Leitung von Prof. Dr. Nicole Harth, Professorin für Psychologie an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena ist die Entwicklung und Etablierung eines konsekutiven Masterstudiengangs mit dem Ziel der Fortbildung von Personen mit abgeschlossenem B.A.-Studium in einem sozial- oder verhaltenswissenschaftlichen Fach geplant. Die Studierenden werden qualifiziert, Menschen unterschiedlichen Alters zu unterstützen, fundamental demokratische Prinzipien zu verstehen und einzusetzen und ihre Demokratiekompetenz weiter auszubauen. Sie werden dazu befähigt, sozialwissenschaftliche Analysen zu deuten und in die Praxis umsetzen zu können. Sie erlangen kommunikative Kompetenzen, die sie im Austausch mit zentralen Akteur*innen unterschiedlicher akademischer, nichtakademischer und politischer Handlungsfelder einsetzen. Interdisziplinäres Denken und die Fähigkeit zum Perspektivwechsel werden als Schlüsselqualifikation vermittelt.

Grundlagen der Transferforschung

Im Projekt werden Forschungsansätzen des Wissenschafts-Praxis-Transfers in Form eines einführenden Sammelbands / Lehrbuchs metatheoretisch aufbereitet. Das Projekt versteht sich als Beitrag zur Grundlagenforschung im Bereich der Transferwissenschaft, da eine integrative, interdisziplinäre und systematische Gesamtschau aller partizipativen und kollaborativen Forschungsansätze in der deutschsprachigen Forschungslandschaft bisher nicht geleistet wurde.

Aus der Arbeit des IDZ I

Rechtsterrorismus: Der NSU, seine Nachfolger und die Gesellschaft



v. l. n. r.: Thomas Nitzsche, Katharina König-Preuss, Thae Issa, Karolin Schwarz, Matthias Quent (Foto: IDZ)

Am 15. Januar 2020 wurde Band 6 der Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ mit dem Schwerpunktthema „Rechtsterrorismus“ veröffentlicht. Aus diesem Anlass fand am 31. Januar im Theaterhaus Jena die Buchvorstellung und eine Podiumsdiskussion statt. Nach einem Grußwort von Jonas Zipf (JenaKultur) führte Dr. Axel Salheiser (IDZ) in die Themen und Beiträge des neuen Sammelbandes ein. Anschließend diskutierten Dr. Thomas Nitzsche (Oberbürgermeister der Stadt Jena), Katharina König-Preuss (MdL, DIE LINKE), Thae Issa (Landesverband Thüringen des Zentralrats der Muslime in Deutschland) sowie Karolin Schwarz (Mitarbeiterin des IDZ, Journalistin und Autorin des Buches „Hasskrieger: Der neue globale Rechtsextremismus“) über die Aufklärung und Aufarbeitung rechtsterroristischer Verbrechen, die gesellschaftlichen Ursachen, die Verantwortung der Stadtgesellschaft und aktuelle Herausforderungen durch Radikalisierungsprozesse im Internet. Das Gespräch moderierte Dr. Matthias Quent (Direktor des IDZ). An der Veranstaltung nahmen ca. 150 interessierte Bürger*innen teil.

Der Band 6 der „Wissen schafft Demokratie“ kann unter bestellung@idz-jena.de kostenlos bestellt werden. Alle Beiträge stehen als PDF-Dokumente auf der Website des IDZ zum Download bereit.



Weitere Forschungsprojekte am IDZ

Rechte Radikalisierung in sozialen Netzwerken

Das Forschungsprojekt von Facebook Deutschland gefördert und geht der Frage nach, welche Folgen potenzielle Einschränkungen der Nutzung sozialer Medien auf das Medienverhalten von rechtsextremen Hassgruppen hat. Hintergrund dieses Projekts sind die zunehmenden Regulierungsmaßnahmen von Unternehmen, Staat und EU, die zum Ziel haben, Hassrede einzuschränken. In diesem Kontext verloren bereits mehrere rechtsextreme Gruppierungen zentrale Austausch- und Mobilisierungsplattformen und wichen auf weniger moderierte Netzwerke aus. Während diese genutzt werden, um ungefiltert rechtsextreme Ideologien zu verbreiten, kommen viele Gruppierungen nicht umhin, auf die ein oder andere Weise Mainstreamplattformen zu bespielen, was den Blick einerseits auf die Anpassungsstrategien der Akteure in den jeweiligen Netzwerken wirft und andererseits auf das transmediale Zusammenspiel verschiedener Plattformen, die Aufschluss darüber geben, wie unterschiedlich die Akteure Zielgruppen ansprechen. Anhand von ausgewählten Hassgruppen wird untersucht, wie das Zusammenspiel von staatlicher Regulierung, Plattformmoderation und Selbstregulierung die Gestalt des Rechtsextremismus im digitalen Zeitalter verändert.

Staatliche Maßnahmen gegen Hate Speech im Bund und in den Ländern

Hass und Hetze gefährden seit Jahren zunehmend den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Im Internet stellt das Phänomen und dessen Dynamiken eine enorme Herausforderung für den gesellschaftlichen Umgang damit und besonders für das behördliche Vorgehen dar. Täglich werden einzelne Menschen, aber auch ganze Bevölkerungsgruppen, beleidigt, abgewertet, bedroht oder verbal angegriffen.



Wegen der häufig vorurteilsgeleiteten Sprache (in Wort und Bild), in Verbindung mit menschenfeindlichen oder diskriminierenden Gruppenzuschreibungen, wird diese Agitationsform als Hate Speech (Hassrede) definiert. Im Auftrag von Campact e.V. werden 2020 die behördlichen Strukturen, Maßnahmen und Vorgehensweisen der einzelnen Bundesländer im Kampf gegen Hate Speech einem bundesweiten Vergleich unterzogen, um die verschiedenen Strategien und Zuständigkeiten in der Bekämpfung von Hate Speech im Internet zu bewerten. Ziel ist es aufzuzeigen, welche Strukturen die einzelnen Bundesländer geschaffen haben, wo Maßnahmen bereits erfolgreich greifen und an welchen Stellen es weitere Bedarfe gibt. Hierfür befragt das IDZ alle zuständigen Ministerien und Landesbehörden im Rahmen einer bundesweiten wissenschaftlichen Untersuchung.

Broschüre „Hate Crime gegen Wohnungslose“

Wohnungslose und noch stärker obdachlose Menschen werden in unserer Gesellschaft massiv marginalisiert und abgewertet. Sie sind auch in besonderem Maße von Gewalt betroffen. Diese wurzelt in der weit verbreiteten Ablehnung seitens der Bevölkerung, welche häufig durch neoliberale und sozialdarwinistische Ideologien begründet und befördert wird. Die Gewalt reicht von strukturellen Aspekten (z.B. Verdrängung durch Privatisierung vormals öffentlicher Räume) bis hin zu physischer Gewalt, die immer wieder Menschenleben kostet. Gleichzeitig bleiben wohnungs- und obdachlose Menschen und ihre Lebenssituationen zu großen Teilen unsichtbar. Es gibt keine verlässlichen Statistiken zu ihrer Situation. Ihre oft menschenunwürdigen Lebensumstände werden gesellschaftlich und medial relativ selten thematisiert. Daher erarbeiten wir eine allgemein verständliche Broschüre zum Thema „Gewalt gegen wohnungslose Menschen“. Ziel ist es, für die schwierige Situation wohnungsloser Menschen zu sensibilisieren, die in besonderer Art von Ausgrenzung, Abwertung und Gewalt betroffen sind. Gleichzeitig bleiben diese Probleme in unserer Gesellschaft zu großen Teilen unsichtbar. Denn dieses Thema wird zu häufig ignoriert. Dies wird auch in der aktuellen Corona-Situation deutlich, die wohnungs- und vor allem obdachlose Menschen besonders stark trifft. Die Veröffentlichung der Broschüre ist für den Sommer 2020 geplant. Finanziert wird das Projekt aus Mitteln der Bahnstiftung.



Aus der Arbeit des IDZ I

Buchvorstellung „Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern“ mit Prof. Samuel Salzborn



Anlässlich des 75. Jubiläums der Befreiung vom nationalsozialistischen Deutschland lud das IDZ am 07. Mai 2020 zu einem Online-Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Prof. Samuel Salzborn ein. Im Fokus stand dessen neu erschienener Essay „Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern“, der die Versäumnisse der bundesdeutschen Aufarbeitung der Vergangenheit thematisiert. Salzborn demonstriert die vermeintliche bundesdeutsche Erfolgsgeschichte einer gelungenen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Shoah als womöglich „größte Lebenslüge der Bundesrepublik“. Vor allem vor dem Hintergrund zunehmender Rechtsradikalisierung in Politik und Gesellschaft sei dieses Selbstbild in Frage zu stellen. Salzborn stellt dem eine Geschichte der Schuld- und Erinnerungsabwehr, der Täter-Opfer-Umkehr, der Selbststilisierung als Opfer und der antisemitischen Projektion gegenüber, die den breiten gesellschaftlichen Diskurs dominiert. Gerade innerfamiliär habe bis heute, 75 Jahre nach der Niederschlagung des Nationalsozialismus, keine (selbst-)kritische Aufarbeitung der Vergangenheit stattgefunden. Durch die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern manifestiert sich vielmehr der Mythos der „kollektiven Unschuld“ der Deutschen.

Die Thesen des Buches wurden im Gespräch mit Anja Thiele anhand von ikonisch gewordenen Bildern der Zeitgeschichte vorgestellt und diskutiert. Der Vortrag wurde sowohl als Webinar auf Zoom durchgeführt, als auch live auf Facebook gesendet. Im Anschluss daran wurden die Fragen der Zuschauer*innen beantwortet, die per Chat oder Kommentarfunktion Fragen einsenden konnten.

Neun Todesopfer durch rassistisches Hassverbrechen in Hanau

Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun, Said Nesar Hashemi und Fatih Sarçoğlu wurden am 19. Februar 2020 in Hanau bei einem rassistischen Hassverbrechen getötet. Alle Opfer stammen aus Einwanderungs- bzw. Roma-Familien. Die jungen Menschen wurden in und vor zwei Shisha-Bars erschossen. An den Anschlagorten wird gemahnt: „Tot sind wir erst, wenn man uns vergisst.“ Durch die Coronakrise ist der schwere terroristische Anschlag schnell aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden. Menschen aus Einwandererfamilien berichten, seit dem Anschlag verstärkt Angst zu haben, selbst zum Opfer rassistischer Gewalt zu werden. Auch darum wiegen vorurteilsgeleitete Botschaften besonders schwer.

Der deutsche Täter tötete anschließend seine Mutter und sich selbst. Nach bisherigen Informationen war der Attentäter zuvor nicht als Rechtsextremer bekannt und handelte bei der Tatausführung allein. Im Internet verbreitete er paranoide Verschwörungserzählungen und völkisch-nationalistische Propaganda. Der Chef des Bundeskriminalamts Holger Münch stellte nach öffentlicher Verwirrungen um eine Analyse aus seinem Haus fest: „Das BKA bewertet die Tat als eindeutig rechtsextremistisch. Die Tatbegehung beruhte auf rassistischen Motiven“. Bei einer Debatte im Deutschen Bundestag gestand Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) ein: Der Staat habe „die rechtsextremistische Gefahr zu lange unterschätzt“. Viele Kommentatoren machten auch die AfD für die Bluttat verantwortlich, weil sie rassistische Stimmungen anheizt.



Corona – eine besondere Herausforderung für die Demokratie

von Dr. Axel Salheiser

Die Covid-19-Pandemie hält seit Wochen die Welt im Griff. Die gegenwärtige Ausnahmesituation ist mit großer Unsicherheit, erheblichen Einschränkungen und unterschiedlichen Belastungen verbunden. Vor allem durch die Besonnenheit und die Solidarität in der Bevölkerung wurden Maßnahmen zur Eindämmung von Virus-Infektionen flächendeckend wirksam. Während das öffentliche Leben zeitweise fast völlig zum Erliegen kam, wurde das Internet noch viel stärker als jemals zuvor zu einer zentralen Sphäre gesellschaftlicher Aktivitäten. Die digitale Vernetzung ermöglichte es Vielen, soziale Kontakte aufrechtzuerhalten, Arbeitsabläufe zu reorganisieren und etwas Ablenkung zu finden.

Doch gleichzeitig verbreiteten sich auch Hass, Hetze und Desinformation im Internet weiterhin fast ungebrems und bekamen durch Covid-19 eine aktuelle Projektionsfläche. Auch in Thüringen versuchen „Rechtspopulist*innen“, Neonazis und sogenannte Souveränist*innen („Reichsbürger“), die Krisensituation für ihre politischen Zwecke auszunutzen. Vor allem in den Sozialen Medien (z. B. auf Facebook) werden Inhalte verbreitet, die den Sinn der restriktiven staatlichen Maßnahmen zur Infektionsprävention in Zweifel ziehen und diese zum Gegenstand extrem rechter „Systemkritik“ machen. Die Demonstrationen, bei denen zu „Widerstand“ gegen Maskenpflicht und Abstandsregeln aufgerufen wurde, fanden auch in Thüringen Zulauf von Rechtsradikalen, die versuchten, sich als Teil einer „breiten Bürgerbewegung“ zu inszenieren. Zum Teil wurden dabei Verschwörungserzählungen in Umlauf gebracht, nach denen es sich bei der Corona-Pandemie um einen „Hype“ oder sogar um eine bloße Erfindung handele, die der Regierung und den herrschenden Eliten zur vorsätzlichen Zerstörung der Wirtschaft, der Unterdrückung der Opposition, der autoritären Abrichtung der Bevölkerung und der Abschaffung demokratischer Freiheitsrechte diene. Rassistische



und antisemitische Bezüge zu solchen Behauptungen sind offenkundig; beispielsweise wurde eine Verbindung zwischen Corona und dem angeblichen „Großen Austausch“ hergestellt, demzufolge Migration als Projekt der Ausrottung des „deutschen Volkes“ gedeutet wird. U. a. kursierten Gerüchte, dass eine Lagerhalle des Automobilherstellers Volkswagen in der Nähe von Altenburg als heimliche Unterkunft für massenhaft eingeschleuste Asylsuchende diene. In Hildburghausen nutzte der bekannte rechtsextreme Bewegungsunternehmer Tommy Frenck die derzeit geltende Maskenpflicht, um in seinem Online-Shop geschlossene Kapuzen anzubieten, die denen des rassistischen und antisemitischen „Ku Klux Klans“ nachempfunden waren. Frenck inszenierte dazu u. a. einen Fototermin in einer örtlichen Verkaufseinrichtung.

Indessen nahm jedoch auch jenseits des extrem rechten Spektrums die Kritik an den Maßnahmen zur Einschränkung des öffentlichen Lebens zu. Gerade für viele klein- und mittelständische Unternehmen der Gastronomie und des Tourismus sowie freischaffende Kunst- und Kulturschaffende in Thüringen ist die Situation existenzbedrohend. Dass politische Versammlungen zeitweise ganz ausgesetzt werden mussten und seitdem nur unter erheblichen Auflagen stattfinden können, wird auch vonseiten zivilgesellschaftlicher Akteur*innen kritisch gesehen. Viele NGOs und Bürger*innen-Initiativen sind derzeit in ihrer Arbeit stark eingeschränkt. Weil Gesundheit, Sicherheit und die sozioökonomischen Folgen der Corona-Krise in den politischen und medialen Diskursen Priorität haben, werden emanzipatorische Anliegen in den Hintergrund gedrängt. Gesellschaftlich marginalisierte Menschen haben es in der Krise besonders schwer, sich Gehör zu verschaffen. Außerdem befürchten viele Menschen eine zunehmende Überwachungsmentalität und eine „autoritäre Wende“: Vermutlich als Anspielung darauf ist beispielsweise im Erfurter Straßenbild das Graffito „Covid-1984“ aufgetaucht. Welche weiteren Herausforderungen und längerfristigen Folgen sich für die Demokratie aus der Pandemie ergeben werden, ist nicht absehbar. Das IDZ will mit seinen Forschungsperspektiven einen Beitrag dazu leisten, problematische Entwicklungen rechtzeitig zu identifizieren und zu analysieren, und dabei der Zivilgesellschaft und den demokratischen Politiker*innen beratend zur Seite zu stehen.

Band 9 unserer Schriftenreihe *Wissen schafft Demokratie* wird sich mit der Corona-Krise und ihren gesellschaftlichen Folgen befassen (siehe Call for Papers auf S. 19).



Schriftliches Urteil im NSU-Prozess

Der Prozess gegen den rechtsterroristischen »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) war der größte und kostspieligste Strafprozess gegen Neonazis seit der Wiedervereinigung. Trotzdem wurde das Versprechen, »Wir tun alles, um die Morde aufzuklären und die Helfershelfer und Hintermänner aufzudecken und alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen.« (Gedenkrede von Angela Merkel im Februar 2012) nicht eingehalten. Der Prozess begann im Mai 2013 und wurde erst fünf Jahre später im Juli 2018 abgeschlossen. Aus Sicht verschiedener Angehöriger und Opfer waren die Haftstrafen, v. a. für Wohlleben und Eminger, unerwartet milde und somit enttäuschend.



Erinnerung an die Opfer des NSU auf der Keupstraße (Foto: belltower.news)

Das schriftliche Urteil legte das OLG München erst im April 2020 vor. Es umfasst über 3.000 Seiten und ist bisher nicht öffentlich verfügbar. Betroffenenvertreter*innen kritisierten, dass auf all diesen Seiten nicht auf das Leid der Opferfamilien eingegangen werde. Zudem seien das große Helfernetzwerk der Rechtsterroristen negiert und die dahinterliegenden, umfassenden Strukturen überhaupt nicht aufgeklärt worden. Vor allem seien das komplette Versagen staatlicher Behörden, insbesondere vom Verfassungsschutz, sowie deren Boykott und Sabotage einer tiefgründigen Aufklärung verschwiegen worden. Diese Verdunklungen umfassten u. a. den Schutz krimineller V-Leute und die systematische Vernichtung relevanter Akten bzw. deren Verschluss für bis zu 125 (!) Jahre. Das – insbesondere in migrantischen Communities – massiv gestörte Vertrauen in deutsche Behörden und den deutschen Rechtsstaat kann so nicht wiederhergestellt werden.

Interview mit Karolin Schwarz

Karolin Schwarz ist Autorin des Buches „Hasskrieger. Der neue globale Rechtsextremismus“. Das Buch ist 2020 im Herder Verlag erschienen.

Das Interview führte Matthias Quent.

In deinem Buch „Hasskrieger“ beschreibst Du die Entwicklung, Akteure und die internationalen Vernetzungen des globalen Rechtsextremismus. Welche Beobachtung besorgt Dich besonders?

Die Szene ist in den vergangenen Jahren sehr flexibel geworden. Das betrifft sowohl die Themen, die man versucht zu besetzen als auch die Plattformen und deren individuelle Nutzung. Inzwischen hat beispielsweise Telegram eine zentrale Rolle eingenommen. Dort trifft man sich nicht nur in größeren Gruppen mit mehreren tausend Mitgliedern, sondern formt auch kleinere Netzwerke, die zum Teil auch bereit sind, Gewalt anzuwenden.

Wie würdest Du die typischen Akteure des globalen Rechtsextremismus im Netz beschreiben?

Im Prinzip gibt es für alle erdenklichen Zielgruppen innerhalb des Spektrums auch ein Angebot und Akteure, die diese Angebote schaffen. Sowohl rechtsradikale Parteien als auch Vereine und lose Gruppierungen haben sich ihre digitalen Räume geschaffen. Hinzu kommen eine Reihe von "Influencern", die auf Youtube und Telegram Zehntausende erreichen, aber nicht immer einer konkreten Gruppierung zuzuordnen sind und auch unterschiedliche Altersgruppen erreichen. Und schlussendlich treten auch terroraffine Gruppen immer öffentlicher auf, beispielsweise auf Imageboards oder auf Telegram.

Was sind das für soziale und technische Plattformen, auf denen das stattfindet?

Facebook, Twitter und Youtube spielen nach wie vor eine wichtige Rolle. Man will sich von den Plattformen, die große Teile der Gesellschaft nutzen, nicht verabschieden. Obwohl immer wieder moniert wird, dass auf diesen Plattformen moderiert wird, erhofft man sich Zugang zu

potenziellen neuen Anhängern. Zugleich gewinnen die sogenannten Alt-Tech-Plattformen an Bedeutung. Das einerseits Plattformen, die Rechtsradikale sich angeeignet haben, darunter auch das russische Netzwerk vk.com, aber auch Messenger wie Discord und Telegram. Andererseits sind das Plattformen, die eigens geschaffen und unter dem Claim "echte Meinungsfreiheit" zu bieten, beworben werden. Dahinter stecken oft entweder Rechtsradikale oder Vertreter einer radikalen Auslegung des Begriffs "Meinungsfreiheit", der beispielsweise auch extrem menschenfeindliche Äußerungen, die Leugnung des Holocausts oder Glorifizierung rechter Terroristen unter diesem Begriff zusammenfassen.

Gibt es dort auch Gegenrede oder sind sich alle einig? Anders gefragt: Wie hermetisch sind die Onlinegemeinschaften?

Das unterscheidet sich je nach Plattform und den jeweiligen Akteuren. Auf den großen Plattformen ist immer wieder zu beobachten, dass andere Nutzer intervenieren, wenn Menschen abgewertet, beleidigt oder bedroht werden. In geschlossenen, rechten Facebook-Gruppen oder auf Telegram ist Gegenrede quasi nicht existent. Das gilt auch für die jeweils geposteten Inhalte. Facebook-Nutzer werden beispielsweise oft noch mit Inhalten aus glaubwürdigen Medien konfrontiert, weil Facebook-Freunde oft keine politisch so homogene Gruppe sind wie Mitglieder einschlägiger Telegram-Gruppen. Dort wiederum findet nur statt, was in das Narrativ passt. Meist ist es so, dass Massenmedien massenhaftes, organisiertes Lügen unterstellt wird und zugleich Links zu jenen Medien gepostet werden, solange sie die entsprechende Einstellung bedienen. Diesen Widerspruch hält problemlos aus.



Wie wirkt sich der Hass in diesen Gemeinschaften auf Betroffene aus?

In rechtsradikalen Online-Communities wird der Hass ununterbrochen kultiviert und auch normalisiert. Das gleiche gilt für geäußerte Gewaltfantasien. Das führt zum Beispiel dazu, dass Angriffe auf diejenigen organisiert werden, die als Feinde markiert wurden. Beispielsweise werden auf Imageboards immer wieder antisemitische, antifeministische oder antimuslimische Kampagnen organisiert. Immer wieder bestätigt man sich für Angriffe auf andere gegenseitig. Potenzielle Terroristen werden zudem in terroraffinen Communities in ihrem Vorhaben bestärkt, etwa durch glorifizierende Memes oder Videocollagen.

Stellst Du im Kontext der Coronakrise Veränderungen fest?

Von der Krise profitieren vor allem diejenigen, die den Dauerzustand der Unsicherheit für sich zu nutzen wissen und Antworten auf Fragen bieten, die wissenschaftlich und politisch teilweise noch gar nicht beantwortet werden können. Auffällig ist dabei, dass nicht unbedingt alle rechtsradikalen Akteure profitieren, sondern vor allem diejenigen, die Verschwörungserzählungen anbieten und eine gefühlte Ordnung in das empfundene Chaos bringen.

Was kann man dann tun? Sicherheitsbehörden fordern häufig mehr Befugnisse um Messengerdienste und soziale Netzwerke besser durchleuchten zu können. Sind solche schweren Eingriffe in die Privatsphäre sinnvoll?

Die Glorifizierung rechter Terroristen findet ebenso wenig nur in geschlossenen, verschlüsselten Kommunikationsräumen statt wie die Ansprache potenzieller neuer Anhänger. Weitgehende Eingriffe in die Privatsphäre, die möglicherweise Millionen von Menschen betreffen, sind weder angemessen noch zielführend und könnten zudem auf verschiedene Weise ausgeweitet oder missbraucht werden.



Was empfehlst Du stattdessen?

Experten erleben aktuell, dass viele Menschen verzweifelt sind, weil Angehörige und Freunde sich Verschwörungserzählungen zuwenden. Die Ideologien, die sich gerade verfestigen, werden sich nach der Krise nicht einfach in Luft auflösen. Die Problematik wurde über Jahre in der Politik und auch in den Sicherheitsbehörden nicht ernst genug genommen. Dass Verschwörungsideologien tödlich sind, zeigen aber auch die Anschläge von Halle und Hanau. Umso wichtiger ist es jetzt, Angebote zu schaffen, die auch individuelle Beratungsmöglichkeiten enthalten. Um mögliche Gefahren einschätzen zu können, benötigen Sicherheitsbehörden zudem ausreichend Kenntnisse des jeweiligen Kontexts und der technischen Gegebenheiten, beispielsweise in spezialisierten Abteilungen. Ein Mindestmaß an technischem Wissen und Sensibilisierung müssen jedoch auch in Polizeien und Gerichten vorhanden sein. Entsprechende Initiativen aus der Politik vermisste ich allerdings.



Das politische Buch 2020

Das von IDZ-Leiter Matthias Quent verfasste Sachbuch „Deutschland rechts außen“ wird mit dem bedeutendsten deutschen politischen Sachbuchpreis „Das politische Buch 2020“ der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgezeichnet. In der Entscheidung der Jury heißt es u. a.: „Die faktenreiche, kompakte Darstellung macht „Deutschland rechts außen“ zu einem Handbuch der politischen Gegenwartsanalyse. Trotz teils erschreckender Befunde bleibt der Grundtenor aufbauend, optimistisch und motivierend. Ohne komplexe Phänomene vereinfacht darzustellen, ist das Buch in einer klaren, leicht verständlichen Sprache verfasst. [...] Quent zeigt auch auf, wie sich die Gesellschaft gegen diese Strategien wehren kann. Ausgehend von seiner Grundthese, die Gesellschaft in Deutschland sei viel liberaler und offener, als die Rechten glauben machen wollen, müssten gesellschaftliche Diskussionen nachgeholt, politische Bildung gestärkt und den Niedergangserzählungen von rechts positive Zukunftsentwürfe entgegengesetzt werden. [...] Matthias Quent führt uns eindrücklich vor Augen, wie aktuell und real die Gefahren sind, denen die Demokratie und die offene Gesellschaft ausgesetzt sind - und macht gleichzeitig der stillen Mehrheit Mut, sich den Strategien von rechts außen entgegenzustellen.“

Das Buch liegt in der 5. Auflage vor. Frühere Preisträger*innen waren unter anderem Carolin Emcke, Thomas Piketty, Colin Crouch und Nikola Roßbach. Aufgrund der Coronapandemie wurde die Preisverleihung auf den 17. September 2020 verschoben.



Turbulente Wahlen

Aufgrund der Coronakrise scheint auch das schon fast wieder vergessen: Anfang Februar entwickelte sich Wahl des Thüringer Ministerpräsidenten zu einem Politikkrimi mit internationaler Aufmerksamkeit. Thomas Kemmerich, Fraktionsvorsitzender der FPD, die bei den Landtagswahlen nur mit 73 Stimmen über die Fünfprozenthürde sprang, ließ sich von seiner Partei, der CDU und der rechtsextremen AfD-Fraktion um Björn Höcke zum Ministerpräsidenten

wählen. Im entsprechenden Wahlgang hatte die AfD ihren eigenen Kandidaten nicht gewählt und somit den üblichen Parlamentsbetrieb hintertrieben und die demokratischen Fraktionen vorgeführt. Erst nach Demonstrationen und erheblichen Protesten aus allen gesellschaftlichen Bereichen trat Kemmerich zurück. Nur wenige Tage nachdem wieder eine handlungsfähige Minderheitsregierung unter Bodo Ramelow die Amtsgeschäfte übernahm, schlug auch in Thüringen die Coronakrise zu: Beinahe hätte die gezielte Destabilisierung der Demokratie zu noch chaotischeren Folgen geführt und womöglich Menschenleben gekostet.

Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Gemeinsam mit Farhad Daimagüler und Stefan Kramer veröffentlichte Matthias Quent nach dem Anschlag in Hanau ein viel beachtetes Debattenpapier nach ganzheitlichem „Masterplan gegen Rechtsextremismus“ in der ZEIT: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-02/verfassungsschutz-masterplan-rechtsextremismus-nationalismus>. Unter anderem fordern die Autoren die Einführung von Antirassismusklauseln in Landesverfassungen.

Neues Factsheet zum Thema „Antifeminismus und Agitation gegen ‚Gender‘“

Das Factsheet informiert über Angriffe auf die Politik der Gleichstellung und Gleichberechtigung, auf die emanzipatorische Frauenbewegung und auf die moderne Geschlechterforschung. Es werden ideologische Konzepte und Akteur*innen des Antifeminismus und der Agitation gegen „Gender“ vorgestellt, deren zentrale Falschbehauptungen widerlegt sowie Querverbindungen zwischen Antifeminismus, Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus aufgezeigt. Es kann unter bestellung@idz-jena.de kostenlos bestellt werden und steht als PDF-Dokument auf der Homepage des IDZ zum Download bereit.



Neue Materialien und Texte aus dem IDZ

Eckes, Christine/Geschke, Daniel (2019): Hasskriminalität als Botschaftstat. Angriffe aufgrund der Gruppenzugehörigkeit. Factsheet des IDZ. Printversion verfügbar, online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Factsheets_04_Web.pdf.

Salheiser, Axel/ Weber, Dagmar (2020): Antifeminismus und Agitation gegen ‚Gender‘. Factsheet des IDZ. Printversion verfügbar, online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/WEB_Factsheets_05_20200429.pdf.

Wissen schafft Demokratie (Band 6/2019): Printversion verfügbar, online: <https://www.idz-jena.de/schriftenreihe/band-6-rechtsterrorismus/>.

Wissen schafft Demokratie (Band 7/20120): Printversion verfügbar, online: <https://www.idz-jena.de/schriftenreihe/band-7>.

Berninger, Sabine / König-Preuss, Katharina / Petzen, Jennifer / Schaft, Christian / Wellsow, Paul (2020): Exkurs: Blick von außen auf die Enquetekommission. Interview mit Dr. Janine Dieckmann. In: Rassismus und Diskriminierung bekämpfen. Online: https://th.rosalux.de/fileadmin/ls_thueringen/dokumente/pdf/RLS-DieLinkeTHL-HeftEnqueteRassismus-130x210mm-C-web.pdf.

Dieckmann, Janine (2020): „Die Gesellschaft krank an Corona – und an Diskriminierung“. Online: <https://www.belltower.news/pandemien-und-abwertung-die-gesellschaft-krank-an-corona-und-an-diskriminierung-97991/>.

Dieckmann, Janine (2019): Diskriminierung als Herausforderung für eine weltoffene Heimat und für das Vereinsengagement. In: Heimatbund Thüringen e.V. [Hrsg.]: PARTHNER schafft Gemeinschaft. Weimar.

Geschke, Daniel (i.E.): Völkische Siedler und braune Ideologie. In: Aktuelle Analysen 76 – Demokratie im Land stärken – Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus im ländlichen Raum. Hans-Seidel-Stiftung. München.

Dilmaghani, Farhad/Kramer, Stephan J./Quent, Matthias (2020): Verfassungsschutz: Wir brauchen einen Masterplan gegen Rechtsextremismus. In: Die Zeit, online: <https://bit.ly/2YbJDWx>.

Quent, Matthias (2020): Rechtsextremismus: Demokratie im Visier von Rechtsterroristen. Brockhaus Enzyklopädie Jahrbuch 2019, München, S. 302–327.

Quent, Matthias / Rahner, Judith (2020): Rechtsextremismus: Begriff, Forschungsansätze und die Relevanz für die Soziale Arbeit, in: Archiv für die Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 2/2020, Berlin, S. 4-17.

Quent, Matthias (2020): Kommt nach der Pandemie der Populismus? Online: blog.vielfaltleben.de/2020/05/20/kommt-nach-der-pandemie-der-populismus/.

Quent, Matthias (2020): Der ultimative Niedergangsbeschleuniger. In: Die Zeit, online: <https://bit.ly/2N7zO5x>.

Richter, Christoph/Geschke, Daniel/Klaßen, Anja (i.E.): Hass im Internet – Wie Hate Speech die Meinungsbildung junger Menschen bedroht. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ). S. 148-157.

Thiele, Anja (2020): „Ich erzähl dir nicht die Nachkriegsgeschichte, ich erzähl dir was mir passiert ist.“ Jüdische Erinnerung an die Shoah in Erzähltexten von Stephan Hermlin, Fred Wander und Jurek Becker. In: Jahrbuch des Dubnow-Instituts 17 (2018), S. 211-236.

Thiele, Anja (2020): Zweierlei Kontinuitäten. Antisemitismus in der DDR. In: WsD 7 (2020): S. 49-61.

Thiele, Anja (2020): Antizionistische Allianzen. Das MfS und der westdeutsche Rechtsterrorismus. In: WsD 6 (2019), S. 60-71.

Thiele, Anja (2020): Gegen einen verkürzten Blick auf die Aufarbeitung der Shoah in der DDR. In: belltower.news. Online: <https://bit.ly/3hGaXE4>.

ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung: Call for Papers

Die Zeitschrift soll den Anschluss an internationale Forschungsdebatten und gesellschaftliche Diskurse ermöglichen. Herausgeber*innen der ZRex sind: Prof. Dr. Ursula Birsl (Universität Marburg), Prof. Dr. Gideon Botsch (Universität Potsdam), Priv.-Doz. Dr. Oliver Decker (Universität Leipzig), Prof. Dr. Gudrun Hentges (Universität Köln), Helmut Kellershohn (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Duisburg), Prof. Dr. Michaela Köttig (Frankfurt University of Applied Sciences), Prof. Dr. Christoph Kopke (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin), Juliane Lang (Universität Gießen), Prof. Dr. Esther Lehnert (Alice Salomon Hochschule Berlin), Dr. Matthias Quent (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena), Prof. Dr. Heike Radvan (Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg), Prof. Dr. Samuel Salzborn (Universität Gießen), Prof. Dr. Birgit Sauer (Universität Wien), Dr. Johanna Sigl (Universität Lüneburg), Prof. Dr. Fabian Virchow (Hochschule Düsseldorf) und Dr. Sebastian Winter (Hochschule Hannover).

Die ZRex steht für themenbezogene Einsendungen jeder Disziplin in Bereichen der Empirie, Methodologie und Theorie sowie anwendungsbezogenen Beiträgen mit vielfältigen Gegenständen offen:

- Aktuelle Entwicklungen, bspw. zur extremen Rechten und Covid-19-Pandemie
- Historische und aktuelle Analysen zur Entwicklung extrem rechter Organisationen, Parteien und Bewegungen
- Rechtsextremismus in Parlamenten und Regierungen
- Ideengeschichte, Ideologieproduktion und Diskursstrategien der extremen Rechten
- Rechtsextreme und gruppenbezogene menschenfeindliche Einstellungen
- Individuelle, kollektive und gesellschaftliche Rechtsradikalisierung
- Rechte Gewalt, Rechtsterrorismus und Hasskriminalität
- Antisemitismus und Rassismus

- Gender, Antifeminismus und Rechtsextremismus
- Einflüsse und Zusammenhänge zwischen Erscheinungen des Rechtsextremismus und gesellschaftlichem Zusammenhalt
- Digitalisierung des Rechtsextremismus
- Interaktionen zwischen Rechtsextremismus und religiösem Fundamentalismus
- Internationale Entwicklungen und Vergleiche
- Lokal- und Ländervergleiche
- Netzwerkanalysen
- Praxisreflexionen und Evaluationen von Gegenmaßnahmen
- Literaturbesprechungen

Verfahren und Zeitplanung

Die Herausgeber*innen bitten für das erste Heft um die Einreichung eines max. 2-seitigen Abstracts sowie fertige Artikel bis zum 30.06.2020. Die Einladung zur Beitragseinreichung erfolgt im Falle einer positiven Einschätzung bis zum 31. Juli 2020. Der Abgabetermin des fertigen Beitrags im Umfang von max. 40.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) mit kurzer Autor*innenbeschreibung ist der 30.11. 2020.

Für spätere Ausgaben können Abstracts ständig eingereicht werden. Beiträge aus dem nicht-deutschsprachigen Ausland können auch auf Englisch eingereicht werden.

Einreichungen und Anfragen für weitere Informationen richten Sie bitte an zrex@idz-jena.de.

Schriftenreihe Wissen schafft Demokratie: Call for Papers für Band 9

Wie nutzen welche antidemokratischen Akteure die Coronakrise in Thüringen aus? Welche Folgen hat die Krise auf die demokratische Kultur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Welche Bewegungen und Entwicklungen treten an die Öffentlichkeit? Erfahren Rechtsextremismus, Populismus und Verschwörungsideologien neue Resonanz? Diese und weitere Fragestellungen wird der neunte Band der Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ behandeln.

Die Coronapandemie und die sozialen sowie wirtschaftlichen Folgen ihrer Bewältigung wirken sich auf alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche aus. Sozialprozesse, Einstellungen und Institutionen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt prägen, geraten auf den Prüfstand, werden neu verhandelt und angepasst. Die Schwere der Folgen des Virus unterscheidet sich für unterschiedliche soziale Gruppen. Bestehende soziale Ungleichheiten werden dadurch wie im Brennglas sichtbar und verstärkt.

Für demokratiegefährdende Akteure, Einstellungen und Narrative, extreme und populistische Rechte sowie Verschwörungsideologen hat sich durch der Coronakrise und ihren Folgen ein Möglichkeitsfenster für weitere Machtgewinne geöffnet. Antisemitismus und Rassismus, zum Beispiel gegen als asiatisch gelesene Menschen, andere Ungleichheitsideologien, Wissenschafts- und Medienfeindlichkeit verschaffen sich unter anderem bei Protesten und in (sozialen) Medien Reichweite.

Über die Schriftenreihe

Die Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ des IDZ ist ein Instrument für den Transfer von Beobachtungen, Erfahrungen, Analysen und Befunden zwischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik. Menschenfeindliche und demokratiegefährdende Phänomene werden von unterschiedlichen Standpunkten beleuchtet. Sie richtet sich an zivilgesellschaftliche und politische Akteur*innen sowie an Wissenschaftler*innen.

Sie erscheint zweimal jährlich kostenfrei als Print- und Open-Access-Version mit großer Reichweite (bisherige Ausgaben: <https://www.idz-jena.de/imdialog/schriftenreihe-wissen-schafft-demokratie/>).

Interessierte Autor*innen aller Disziplinen sind eingeladen, wissenschaftliche Artikel sowie Praxis- und Recherchebeiträge insbesondere zu folgenden Themen, bezugnehmend auf die Coronakrise, einzureichen:

- Antidemokratische Aktivitäten, Akteure, Einstellungen und Narrative, Populismus und Rechtsextremismus
- Antisemitismus und Rassismus
- Verschwörungsideologien
- Diskriminierung
- Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die Beiträge sollten auf die Situation in Thüringen eingehen und Handlungsempfehlungen beinhalten. Die Schriftenreihe richtet sich an Forschende und Praktiker*innen, daher wird ein auch für Nichtakademiker*innen verständlicher Schreibstil erwartet.

Interessierte senden bitte bis spätestens 30. Juli 2020 einen Abstract an wsd@idz-jena.de im Umfang von max. zwei Seiten. Die Abstracts werden redaktionell gesichtet. Autor*innen ausgewählter Abstracts werden schnellstmöglich eingeladen, ein Manuskript (max. 20.000 Zeichen ohne Literaturverzeichnis) bis zum 31. Dezember 2020 einzureichen. Diese werden anschließend begutachtet. Die ausgewählten Beiträge erscheinen voraussichtlich im zweiten Quartal 2021. Wir freuen uns auf Ihre Einreichungen.

Anfragen zu weiteren Informationen richten Sie bitte an wsd@idz-jena.de.

(Anmeldung: veranstaltung@idz-jena.de)

IM SCHATTEN DER WEENDE. 1989/90 UND DAS WIEDERERSTARKEN VON ANTISEMITISMUS UND RASSISMUS

SCHWARZ UNTER WEISS – ÜBER SICHTBARKEIT UND UNSICHTBARKEIT SCHWARZER MENSCHEN IN DER DDR

STEREOTYPE IM LANGZEITNARRATIV: KONTINUITÄTEN DES ANTIZIGANISMUS

 www.idz-jena.de